

Gemeinde Ober-Mörlen

Beantwortung Anfrage

Gemeindevertretung der
Gemeinde Ober-Mörlen

Betreff:

Anfrage der FWG-Fraktion (AF-18/2026) zum KOMPASS-Programm

Sachdarstellung:

Im Rahmen des KOMPASS-Programms fand am 13.11.2024 die erste KOMPASS Sicherheitskonferenz in der Usatalhalle statt. Zum Abschluss dieser Veranstaltung appellierte Bürgermeister Mario Sprengel: „Liebe Bürgerinnen und Bürger, bitte nehmen Sie an unserer Umfrage teil, nutzen Sie die Gelegenheit, sich aktiv in dieses wichtige Thema einzubringen und leisten Sie damit einen Beitrag, um die Sicherheit in unserer Gemeinde zu verbessern.“

Dieser Aufforderung dürften zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreter*innen von Vereinen, Institutionen, Verbänden und weiteren Akteuren des kommunalen Lebens in Ober-Mörlen gefolgt sein und haben sich an der Bürgerbefragung zum subjektiven Sicherheitsgefühl beteiligt.

Ziel des Programms ist es, auf Grundlage der Ergebnisse gemeinsam mit der Polizei passgenaue Maßnahmen zur Kriminalprävention und Stärkung des Sicherheitsgefühls zu entwickeln.

Bis heute liegen seitens der Gemeindeverwaltung keine Ergebnisse der Umfrage vor. Vor diesem Hintergrund bittet die FWG-Fraktion um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wann werden die Ergebnisse der Bürgerbefragung der Gemeindevertretung vorgestellt bzw. veröffentlicht?
- Wurden auf Grundlage der Befragung bereits Maßnahmen entwickelt? Falls ja, welche?
- Welche weiteren Schritte sind im Rahmen des KOMPASS-Programms vorgesehen?

Die Anfrage der FWG-Fraktion wird wie folgt beantwortet:

Die Bürgerbefragung im Rahmen des KOMPASS-Programms hat mit rund 150 eingegangenen Fragebögen und Hinweisen eine erfreulich gute Beteiligung erfahren. Die Anregungen aus der Bürgerschaft werden derzeit in das vorgesehene Auswertungstool übertragen. Die Dateneingabe befindet sich in der Endphase. Dabei wird die Verwaltung auch intensiv durch die für Ober-Mörlen zuständige Polizeibeamtin vor Ort, Frau Schäfer, unterstützt.

Die Frage, warum die Auswertung bislang noch nicht vorliegt, ist nachvollziehbar. Sie ist allerdings vor dem Hintergrund der tatsächlichen Arbeitsabläufe in der Verwaltung zu betrachten. Der für die Bearbeitung zuständige Mitarbeiter war über mehrere Wochen in Elternzeit. Nach seiner Rückkehr im Juli 2026 mussten aufgrund der besonderen Verkehrssituation zunächst Aufgaben bearbeitet werden, bei denen ein unmittelbarer Handlungsbedarf für die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der Gemeinde bestand. Dazu gehörten insbesondere die Verkehrsregelungen im Zusammenhang mit der B275-Baustelle sowie die Überwachung des ruhenden Verkehrs.

Der Gemeindevorstand hält diese Prioritätensetzung ausdrücklich für richtig. Sicherheit ist nicht nur Gegenstand einer Bürgerbefragung – sie muss im konkreten Alltag gewährleistet werden.

Wenn eine Baustellensituation unmittelbare Auswirkungen auf den örtlichen Verkehr und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hat, ist es selbstverständlich, dass diese Aufgaben zunächst bearbeitet werden. Die zeitliche Verzögerung bei der Auswertung bedeutet daher weder, dass das KOMPASS-Programm aus dem Blick geraten ist, noch dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nicht ernst genommen wird. Im Gegenteil: Die rund 150 eingegangenen Beiträge sollen sorgfältig und gemeinsam mit der Polizei ausgewertet werden. Der Gemeindevorstand setzt dabei auf ein belastbares Ergebnis und nicht auf eine lediglich formale Erledigung des Verfahrens. Nach dem noch anstehenden Urlaub des zuständigen Mitarbeiters soll die Auswertung abgeschlossen werden. Nach derzeitiger Planung ist damit Anfang Oktober 2026 zu rechnen.

Anschließend erfolgt die gemeinsame Abstimmung der Ergebnisse mit der Polizei und die Festlegung der weiteren Vorgehensweise. Darauf aufbauend werden die Vorbereitungen für die zweite KOMPASS-Sicherheitskonferenz getroffen. Zu dieser sollen erneut Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreterinnen und Vertreter relevanter Vereine, Institutionen und weiterer Akteure eingeladen werden.

Auf dieser Sicherheitskonferenz sollen die Ergebnisse der Befragung vorgestellt und gemeinsam diskutiert werden. Gleichzeitig sollen konkrete Vorschläge und Maßnahmen zur Kriminalprävention und zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls beraten werden.

Die Gemeindevertretung wird über die Ergebnisse und die weiteren Schritte entsprechend informiert.

Nach Abschluss des vorgesehenen KOMPASS-Prozesses und der Umsetzung der daraus entwickelten Maßnahmen ist die Verleihung des KOMPASS-Siegels vorgesehen.

Der Gemeindevorstand bewertet den bisherigen Prozess daher nicht als Stillstand, sondern als laufendes Verfahren, bei dem die nächsten konkreten Schritte bereits feststehen. Die Verwaltung hat die Aufgabe, unterschiedliche dringliche Anforderungen gleichzeitig zu bewältigen und dabei nachvollziehbare Prioritäten zu setzen. Genau das ist im vorliegenden Fall geschehen.

Beschlussvorschlag:

Keiner

gezeichnet: 1. Beigeordneter

Anlage(n): Keine